Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Die Systemfrage

Das System der sozialen Marktwirtschaft wird hierzulande als selbstverständlich goutiert, häufig kritisiert und zunehmend infrage gestellt. Selbst in den „bürgerlichen" Parteien wird das historisch einzigartige Erbe Ludwig Erhards allenfalls bei Sonntagsreden thematisiert. Die sechzehnjährige Regierungszeit von Angela Merkel steht vor allem für vielfältige soziale Wohltaten, sicherlich aber nicht für die strukturelle Stärkung der Wirtschaft und ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Letztlich hat Merkel volkswirtschaftlich von der Reform-Agenda 2010 ihres Amtsvorgängers profitiert. Den Publizisten Gabor Steingart beschleicht mittlerweile das Gefühl, Deutschland wolle nicht nur aus der Kohle, sondern auch aus der Marktwirtschaft aussteigen. Er kommentiert: „Vater Staat dringt mit forschem Schritt in immer neue Lebensbereiche vor. Der freie Markt, jener magische Ort, an dem Angebot und Nachfrage zum beiderseitigen Nutzen zueinander finden sollen, wird nicht länger als magisch empfunden, sondern als teuflisch. Die Freunde der Marktwirtschaft sind nicht nur in die Defensive, sie sind in einen moralischen Hinterhalt geraten. Selbst in den feinen Salons des städtischen Bürgertums fällt es vielen leichter, Che Guevara oder Karl Marx zu zitieren als Ludwig Erhard."

Vertrauenskrise

Die Bürger verfolgen den Niedergang der Volksparteien mit gemischten Gefühlen. Einerseits erscheinen handfeste Quittungen für die fortgesetzte Missachtung der Wähler-Prioritäten geboten und überfällig. Andererseits ist die Sorge nicht unberechtigt, dass mit der Zersplitterung der Parteienlandschaft auch die politische Stabilität der Nachkriegszeit dauerhaften Schaden nimmt. Das kann dazu führen, dass die Mehrheitsfähigkeit in Gestalt funktionierender Koalitionen abhandenkommt. Am Horizont droht die Gefahr der strukturellen Unregierbarkeit. Gerade dieses Risiko wollten die Väter des Grundgesetzes durch das von den Negativerfahrungen der Weimarer Republik geprägte Wahlrecht mit der 5 %-Klausel minimieren. Sollte es perspektivisch sieben oder mehr Parteien im Korridor zwischen 5 und 20 % geben, dürfte der Ruf nach der Einführung des Mehrheitswahlrechts laut werden. In 50 Jahren werden Historiker fragen, wie es dazu kommen konnte, dass sich die „Volksparteien" in der dritten Dekade dieses Jahrhunderts als von allen guten Geistern verlassen erwiesen haben. Und wahrscheinlich werden sie zu dem Schluss kommen, dass die tiefgreifende Vertrauenskrise sehr viel zu tun hatte mit dem zunehmenden Gefühl in der Bevölkerung, dass der Staat nicht mehr geliefert hat. Irrlichternde Regierungen, die sich den Realitäten verweigern und ihre politische Bringschuld sträflich vernachlässigen, vergeben ihre Legitimation und gefährden den Fortbestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Das private Eigentum

Der Verband Die Familienunternehmer hat vom HWWI den Stellenwert des Privateigentums in den Parteiprogrammen zur Steuer- und Finanz-, Wohnungs-, Klima- und Unternehmenspolitik untersuchen lassen. Generell sei gerade in Krisenzeiten von allen Parteien ein klares Bekenntnis zur Sicherung und Stärkung des Eigentums zu erwarten. Wer das betriebliche Eigentum der Unternehmen angreife, untergrabe die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Als heftigen Angriff auf das private Eigentum bewertet der Verband die Vermögens- und Erbschaftssteuerpläne von SPD, Grünen und Linken. Damit werde den Unternehmen die Grundlage entzogen, auch die nächste Krise zu überstehen. Einer ifo-Studie zufolge werden Steuererhöhungen meist unmittelbar nach Wahlen realisiert.

„Neue Realitäten"

Die EZB ist offenbar finster entschlossen, ihre Politik des billigen Geldes ohne Rücksicht auf die gefährlichen Auswirkungen fortzusetzen. Sie ist damit längst zum Sachwalter der Interessen der südeuropäischen Schuldenländer geworden, die nur so – ohne unerwünschte, weil unpopuläre Einsparungen – ihre Schuldenhaushalte refinanzieren können. Billigend in Kauf genommen wird dabei eine rapide Zunahme der Geldentwertung. So ist die deutsche Inflationsrate im August mit 3,9 % auf den höchsten Stand seit fast 30 Jahren gestiegen. Der Bundesbankpräsident erwartet bis zum Jahresende einen weiteren Anstieg auf 5 %. Damit würde das deutsche Geldvermögen von gegenwärtig rund 6,7 Billionen Euro in nur einem Jahr 321 Mrd. Euro an Kaufkraft verlieren. Anders formuliert: Der Inhaber eines Barvermögens von 100.000 Euro würde bis 2030 um 35.500 Euro, also über ein Drittel, enteignet werden. Mehr als erstaunlich ist, dass das für deutsche Wahrnehmungen höchst sensible Thema Inflation im Wahlkampf überhaupt keine Rolle gespielt hat. Parteien und Medien haben sich diesbezüglich – aus welchen Gründen auch immer – auffällig zurückgehalten. Das gilt im Übrigen auch für die Regierungen von Italien und Frankreich, die im Sommer alles getan haben, um nicht die deutschen Wähler mit neuen Initiativen pro Schuldenunion zu irritieren. Schon ab Oktober dürfte eine Offensive gegen die Maastricht-Kriterien starten. Vor allem die italienische Regierung von Mario Draghi will den Stabilitätspakt untergraben und die Kriterien dauerhaft aussetzen. Man müsse sich – so heißt es – „den neuen Realitäten" anpassen. Kein Geheimnis ist, dass – neben Italien und Frankreich – auch Griechenland, Portugal und Spanien hochgradig daran interessiert sind, zulasten der nördlichen EU-Länder die „Freiheit" zur unlimitierten Neuverschuldung zurückzuerobern.